

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL DES STADTRATES VON OLTEN

vom 23. April 2019

Postulat Olten jetzt! betr. Förderung der nicht kommerziellen Nutzung des öffentlichen Raums, Beantwortung

Die Fraktion Olten jetzt! hat am 28. März 2019 ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgefordert innert der nächsten 12 Monaten 5 Massnahmen zu ergreifen, welche die nicht kommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums in Olten fördern.»

Begründung:

«In der Beantwortung der Motion Fraktion SP/JSP betr. Schaffung einer ständigen Kommission zur Stärkung und Entwicklung der Oltnen Innenstadt legt der Stadtrat ausführlich dar, wie er auf verschiedenen Ebenen des Einzelhandels in der Innenstadt fördern will und auf das sich wandelnde wirtschaftliche Umfeld eingeht. Auch die Schaffung einer nicht ständigen Kommission, die sich mit der Thematik auseinandersetzt, wird befürwortet.

Die Stadt Olten ist jedoch nicht nur ein Einkaufsort, sondern vor allem auch ein Wohnort von vielen Menschen. Diese Menschen sind hier, unabhängig davon ob sie bei Zalando oder im Bernheim Kleider kaufen.

Einkaufen ist nicht das einzige, was Menschen in der Innenstadt tun können. Wenn Menschen im Stadtpark zusammen Pétanque spielen, auf der Kirchgasse Jassen oder beim Bifangschulhaus Cricket spielen, belebt das die Stadt genauso wie eine florierende Einkaufsmeile. All diese Aktivitäten machen Olten zu einem attraktiven Wohnort und können sich wiederum positiv auf das Gewerbe auswirken.

Gerade in dieser Zeit des Wandels ist es wichtig «am Ball» zu bleiben und den Blick zu öffnen für alle Arten der Nutzung des öffentlichen Raums. Daher soll der Stadtrat in den nächsten 12 Monaten 5 Massnahmen ergreifen, mit denen die nicht kommerzielle Nutzung des öffentlichen Raums gefördert wird.»

* * *

Stadtrat Thomas Marbet beantwortet das Postulat im Namen des Gesamtstadtrates wie folgt:

Durch das Bevölkerungswachstum und die demografische Entwicklung werden das Vorhandensein, die freie Zugänglichkeit und die Qualität des öffentlichen Raums wichtiger. Auch werden die Ansprüche der unterschiedlichen Nutzer*innen an den öffentlichen Raum vielfältiger. Für weniger mobile Bevölkerungsgruppen ist die Existenz und Nutzbarkeit eines öffentlichen Raumes im Wohn- und Arbeitsumfeld zentral für die Lebensqualität. Kinder und Jugendliche zählen hier ebenso dazu wie Jungfamilien, ältere Personen mit eingeschränktem Aktionsradius sowie einkommensschwächere Menschen. Insbesondere geht es um eine gleichberechtigte Berücksichtigung kommerzieller und nicht kommerzieller Nutzungsansprüche und die Sicherstellung der freien Zugänglichkeit.

Im Zentrum der Bedürfnisse an den öffentlichen Raum stehen:

- Platz haben, konsumfreier Aufenthalt in der Nähe der Wohnung bzw. dem Arbeitsplatz
- Aufenthaltsqualität (Sitzgelegenheiten, Schatten etc.)
- Möglichkeit, aus verschiedenen Angeboten zu wählen, z.B. für Ruhe, Bewegung, Kommunikation
- Sicherheit (Verkehrsrissen, Kriminalität, schädliche Umwelteinflüsse etc.)
- Selbstständig und hindernisfrei unterwegs sein können

Entsprechend der Bedeutung bindet der Unterhalt des öffentlichen Raumes sehr viel finanzielle und personelle Ressourcen der Stadt. So sind viele Positionen in der Erfolgsrechnung (Bauverwaltung, Ordnung und Sicherheit, Schulliegenschaften, Sport, Freibad, Freizeit, Kinderspielplätze, Parkanlagen, Wanderwege, Gemeindestrassen, Werkhof, Forstwirtschaft) wie auch in der Investitionsrechnung (z. B. Sälischulhaus Kinderspielplatz, Sanierung Leichtathletikanlagen etc.) dem öffentlichen Raum gewidmet. Die öffentliche Hand hat dabei primär die Aufgabe den Raum bereitzustellen.

Die Forderung des Postulates in den nächsten 12 Monaten 5 Massnahmen zur Förderung der nicht kommerziellen Nutzung im öffentlichen Raum zu ergreifen wird bereits erfüllt. So werden zum Beispiel 2019:

- zusätzliche Sitzgelegenheiten im öffentlichen Raum geschaffen,
- Führungen bei der Baustelle der alten Holzbrücke durchgeführt,
- Öffentliche Plätze, Vitaparcours und Finnenbahn gereinigt, unterhalten und erneuert,
- Plogging und der Bring- und Holtag vom Werkhof durchgeführt,
- Bäume als Schattenspende gepflanzt,
- die Organisation und Durchführung von Kilbi, Schulfest, Fasnacht, Adventsaktionen, 1. August-Feier unterstützt,
- unkompliziert unentgeltliche Bewilligungen (sofern Budget für Erlasse vorhanden), z.B. zur Nutzung des öffentlichen Grundes für Kulturplätze (vor Coop City und Restaurant Pavillon), Robi-Fest, 2-h-Lauf, Bürostuhlnennen etc. erteilt,
- nicht kommerzielle Veranstaltung ohne Eintritte wie z.B. der Beachvolleyball-Event oder die MIO Messe in Olten durch Nicht-Verrechnung des öffentlichen Grundes ermöglicht
- Verzicht auf die Gebührenerhebung bei Plakatwänden und bei Standaktionen für politische Parteien von Olten
- ein Austausch mit ZORA (Zentrum Öffentlicher Raum, Arbeitsgruppe des Schweizerischen Städteverbandes) gepflegt.

Diese Liste ist nicht abschliessend.

Aus diesem Grund beantragt der Stadtrat beim Gemeindeparlament dieses Postulat als nicht erheblich zu erklären.

Stadtkanzlei Olten
Der Stadtschreiber:
D. V.